

# Bundsgelder für private Internet-Propaganda?

Autor(en): **Münger, Hans Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **45 (1998)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-369098>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Fragen zur schweizerischen Beteiligung an einer Small Arms Convention

## Legalere privater Waffenbesitz: Kommen jetzt drastische Einschränkungen?

**JM. Am 9. Oktober 1998 hat Ständerat Willy Loretan (FDP, Aargau) dem Bundesrat die folgende Interpellation eingereicht:**

### Wortlaut des Vorstosses

Auf internationaler Ebene sind unter Führung von Kanada und Norwegen Bestrebungen im Gange, ein Regime der ver-

schärften Kontrolle im Bereich der sogenannten «Small Arms» (u. a. Faust- und Handfeuerwaffen) ins Leben zu rufen.

Die Schweiz scheint in diesem Bereich eine führende Rolle spielen zu wollen, obwohl unsere Gesetzgebung (Kriegsmaterialgesetz, Waffengesetz usw.) im internationalen Vergleich bereits sehr strenge Massstäbe setzt. In einer vom EDA inspirierten Arbeitsgruppe «Kleinwaffen und leichte Waf-

fen» der Verwaltung zirkulieren Arbeitspapiere, die drastische Einschränkungen des legalen privaten Waffenbesitzes, vor allem ehemaliger Armeeangehöriger, postulieren.

Der Bundesrat wird in diesem Zusammenhang eingeladen, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Bundesrat die Wünschbarkeit einer verschärften Kontrolle im Bereich der «Small Arms»? Welche Ziele verfolgt der Bundesrat in diesem Bereich?
2. Sind von Mitgliedern des Bundesrates in der internationalen Öffentlichkeit bereits verbindliche Erklärungen für eine Mitwirkung abgegeben worden? Wenn ja, wo, wann und bei welcher Gelegenheit?
3. Welche Auswirkungen hätte eine «Small Arms Convention» auf das neue Waffengesetz, das ausserdienstliche und sportliche Schiesswesen sowie auf die Jagd? ▲

Trotz staatlicher Finanzknappheit: Zahlungen von EDA und VBS an PrepCom

## Bundsgelder für private Internet-Propaganda?

**JM. Ständerat Willy Loretan hat am 7. Oktober 1998 dem Bundesrat folgende Einfache Anfrage eingereicht:**

### Wortlaut des Vorstosses

Ein aus NGOs (Non Governmental Organizations) und Privaten bestehendes «Preparatory Committee for a Global Campaign on Small Arms and Light Weapons» (PrepCom) präsentiert sich im Internet (www.prepcom.org) mit der Zielsetzung, weltweit zu verhindern, dass sich Waffen im zivilen, privaten Besitz befinden. Diese Organisation scheint unter anderem auch im Kontakt mit der «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GSoA) zu stehen; so hat PrepCom das «Internationale Festival» der GSoA vom 31. Juli bis 2. August 1998 in seine Internet-Liste für «Peace-related events 1998» aufgenommen.

PrepCom erhält für seine Veröffentlichungen weltweit von acht verschiedenen Stellen finanzielle Unterstützung. Zwei davon

stammen laut Web Site aus der Schweiz, nämlich vom Eidg. Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) und vom Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Neben Kanada sind dies die einzigen Regierungsstellen, welche die Web Site von PrepCom finanziell unterstützen. Dies ist nicht nur wegen der andauernden Finanzknappheit beim Bund höchst erstaunlich, sondern noch mehr angesichts der Tatsache, dass unser Land sowohl mit dem Militärgesetz als auch mit dem neuen Waffengesetz (Missbrauchsgesetzgebung) die von PrepCom aufgeworfenen Fragen im Zusammenhang mit Besitz, Erwerb und Tragen von Waffen klar und entsprechend unseren Traditionen der Miliz, der Schützen, Jäger usw. geregelt hat. In unserem traditionell dem Frieden verpflichteten, neutralen Land stellen sich die Probleme der (rechtswidrigen) Proliferation von Faust- und Handfeuerwaffen sowie anderer leichter Waffen nicht oder nur sehr marginal. Viele anständige Bürger fragen sich: Was

steckt hinter diesen departementalen Umtriebigkeiten?

Ich ersuche in diesem Zusammenhang den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Bundesrat die, auch finanziellen, Unterstützungsaktionen seiner Verwaltung für PrepCom? Wer hat die Federführung in diesem Geschäft?
2. Gibt es irgendwelche Gründe, die für den ideellen und finanziellen Einsatz des Bundes zugunsten von PrepCom sprechen?
3. Welche finanziellen und personellen Mittel des Bundes sind bis heute allgemein (nicht nur für die Web Site) zugunsten von PrepCom aufgewendet worden?
4. Ist der Bundesrat bereit, den sofortigen Abbruch der Unterstützung und damit den Ausstieg des Bundes aus der Internet-Aktion (und allenfalls weiteren Publikationen) von PrepCom zu veranlassen? Wenn nein, welche Gründe sprechen für eine Fortsetzung der Unterstützungsaktionen? ▲